

Rezensionen

Oberloskamp, Eva: Fremde neue Welten. Reisen deutscher und französischer Linksintellektueller in die Sowjetunion 1917–1939. München: Oldenbourg Verlag 2011, 472 Seiten, 49,80 €.

Dieses Buch ist die überarbeitete Fassung der Dissertation, mit der die Autorin im Jahre 2008 an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Doktorvater: Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller) und an der Universität Paris IV (Doktorvater: Prof. Dr. Georges-Henri Soutou) promoviert wurde.

Die engmaschige Gliederung hat den Umfang von drei Seiten. Die themenbezogene Fragestellung in vier von fünf Kapiteln gestattet es, Einzelaspekte des Untersuchungsgegenstandes zu erfragen. Fünfzehn Fotos und sechs Grafiken verstärken den Charakter eines Nachschlagwerkes. Bei der Darstellung des geschichtlichen Hintergrundes bezieht sich Oberloskamp weitgehend auf die *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991* von Manfred Hildermeier (München 1998). Bei der Transliteration der russischen Begriffe und Namen bedient sie sich der volkstümlichen Bezeichnungen, wenn sie im Deutschen geläufig sind (Bolschewiki, Trotzki), sonst der wissenschaftlichen (Zinov'ev), was für den Leser mitunter verwirrend ist.

Die Autorin arbeitet neben einigen Gemeinsamkeiten auch beachtliche Unterschiede zwischen den Kommunisten der Weimarer Republik und der Dritten Republik heraus. Dort begann sich die Partei erst in den dreißiger Jahren ernsthaft mit den Werken von Marx und Engels zu beschäftigen.

Sie untersucht die Reiseberichte von 52 deutschen und französischen Linksintellektuellen, die zwischen 1917 und 1939 Sowjetrußland bzw. die Sowjetunion besuchten. Das Zahlenverhältnis beträgt 28

zu 24. Neun deutsche und acht französische Reisende waren Mitglieder der KPD oder KPF. Einige bereisten das Land nur einen Monat lang, andere mehrere Monate, einige waren nur einmal dort, andere mehrmals. Als Charakteristikum der Stimmung der Reisenden bezeichnet die Autorin „das Empfinden einer gravierenden Krise im eigenen Land bzw. allgemein in der gesamten ‚westlichen Welt‘“. Die 1929 ausbrechende Weltwirtschaftskrise ließ für sie die Sowjetunion als „leuchtendes Beispiel für die Möglichkeiten eines alternativen Weges“ erscheinen. Die Abneigung gegen das eigene politische System und den Parlamentarismus sei jedoch bei den Deutschen stärker gewesen als bei den Franzosen. Die französischen Linksintellektuellen gingen in ihrem Denken stärker vom Wert des Individuums aus, bei den deutschen sei die Neigung, gewaltsame Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele zu akzeptieren, größer gewesen.

Oberloskamp findet als Ursache für das besondere Interesse der Protagonisten am Sowjetstaat in mehreren Biographien persönliche Bekanntschaften und Verbindungen mit kommunistischen bzw. aus der Sowjetunion stammenden Frauen. Bei einigen deutschen Linksintellektuellen, die in finanzielle oder berufliche Schwierigkeiten geraten waren, habe die Hoffnung auf ein besseres Leben in der Sowjetunion eine große Rolle gespielt. Franz Jung und Henri Guilbeaux drohte in ihrem Heimatland die Strafjustiz.

Die Autorin schreibt, daß bei einer Reihe von Reisenden das Bild der Sowjetunion von der moskaugesteuerten Propaganda geprägt gewesen zu sein scheint. Diese bediente sich eines Netzes von Institutionen, die das linke Milieu anderer Länder ideologisch beeinflussten. Das sowjetische System übte aber auch auf die künstlerisch-literarische Avantgarde und unterschiedliche Reformbewegungen eine Faszination aus.

Die Autorin hebt hervor, daß die Reisen von den sowjetischen Stellen sehr unterschiedlich behandelt wurden. Parteimitglieder wurden ähnlich wie sowjetische Genossen behandelt. Exponierte sympathisierende Intellektuelle, denen Bedeutung als „Multiplikatoren für ein positives Renommee der Sowjetunion“ beigegeben wurde, konnten schon, wie Lion Feuchtwanger schrieb, „so triumphal empfangen“ werden, daß es schwerfiel, „nicht größenwahnsinnig zu werden“. Besonders in den dreißiger Jahren hätten die umworbenen Reisenden in „geradezu exzessiv luxuriösen Verhältnissen“ gelebt. Klaus Mann hatte den Eindruck, er lebe in Moskau „auf einer goldenen Insel“. Ähnliches erlebten Oskar Maria Graf, Romain Rolland und André Gide.

In den frühen zwanziger Jahren konnten Reisende mit Lenin, Bucharin, Trotzki, Sinowjew und anderen bekannten Persönlichkeiten zusammentreffen. In den dreißiger Jahren konnten besonders umworbene Reisende Gespräche mit Stalin führen. Schriftstellern wurde der für sie schmeichelhafte Eindruck vermittelt, daß die Literatur in der Sowjetunion einen besonderen Stellenwert besitze.

In etwa zwei Fünftel der von Oberloskamp ausgewerteten Reiseberichte ist die Einschätzung enthalten, daß es sich bei der „Diktatur des Proletariats“ um die Alleinherrschaft der Partei handle. Die Machtkonzentration in den Händen Stalins schlage sich in den ausgewerteten Aufzeichnungen aber nur sehr schwach nieder. Einzige Ausnahme war André Gide, der nach seiner Rückkehr niederschrieb, daß die Unfreiheit in der Sowjetunion womöglich noch größer sei als im nationalsozialistischen Deutschland. Die Autorin geht davon aus, daß 70 Prozent der Reisenden um die „Liquidierung“ politischer Gegner, willkürliche Exekutionen, Haft und Verbannung, Zwangsarbeit etc. wußten, einige die Ausmaße dieses Terrors jedoch unterschätzten oder zu verharmlosen

suchten. So betonte Heinrich Vogeler die Milde der sowjetischen Justiz und nannte die Polizei einen „Teil des Volkes“. Otto Heller schätzte 1930 die Gesamtzahl der nach Sibirien Verbannten auf 600, sie führten seiner Meinung nach ein sehr angenehmes Leben. Charles Vildrac wiederum hielt den Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals, bei dem etwa 25 000 Häftlinge jämmerlich ums Leben kamen, für einen lobenswerten Ersatz für Gefängnisse. Erstaunlich findet Oberloskamp, daß nur wenige die Großen Säuberungen und die drei großen Moskauer Schauprozesse thematisierten. Feuchtwanger und Vaillant-Couturier suchten sie zu rechtfertigen.

Oberloskamp schreibt, daß viele Reisende, die von der Dynamik des sowjetischen Aufbaus beeindruckt waren, im Warenmangel ein vorübergehendes Problem gesehen hätten, das die Bevölkerung kaum als solches empfunden habe. Emil Julius Gumbel behauptete 1932 sogar, daß die Bevölkerung den Mangel mit Freude empfinde. Ein einziger Reisender, Hans Siemsen, beurteilte 1931 den Ersten Fünfjahresplan insgesamt kritisch. Er verwies auf die Vernachlässigung der Bedürfnisse der Menschen und die Ausrottung der Kulaken. Kein einziger, der 1933/34 die Sowjetunion besuchte, erwähnte das Massensterben in der Ukraine.

Die Schwierigkeiten der Planwirtschaft wurden von einigen Reisenden als skurrile Auswüchse betrachtet. Einige *Fellow-Traveller* und Kommunisten machten Saboteure und Kulaken für die Mißstände verantwortlich. Einige betonten, daß die Umstellung des Wirtschaftslebens im Zuge des Fünfjahresplanes nichts mit willkürlichem Zwang zu tun hätte und weitgehend auf Freiwilligkeit beruhe. Nur tatsächliche Verbrecher würden auf rechtsstaatlichem Wege als Kulaken enteignet. Die Autorin stellt fest, die mangelnden Anreize für technischen Fortschritt und eine effiziente Nutzung der Produktionsfak-

toren seien von keinem Reisenden thematisiert worden.

In einer Bilanz schreibt Oberloskamp, einem Großteil der Autoren seien im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich negative Aspekte der sowjetischen Diktatur aufgefallen. Mitglieder der Kommunistischen Partei hätten dagegen ein beschönigendes Gesamtbild der damaligen Lage gezeichnet. Kritik wurde noch am ehesten an den Zuständen auf dem Gebiet der sowjetischen kulturellen Produktion geübt. Im Bereich der Wirtschaft seien viele Reisende gravierenden Fehlwahrnehmungen aufgesessen. Insgesamt seien vier Fünftel der zitierten Autoren in ihren Berichten zu einem eindeutig positiven Urteil über die Sowjetunion gekommen. Bis auf wenige Ausnahmen wollten sie offenbar nicht von den positiven Erwartungen, mit denen sie ins Land gekommen waren, abrücken. Nur ein Zehntel habe sich eindeutig negativ geäußert.

Oberloskamp hat eine gelehrte Studie vorgelegt, deren Quellen- und Literaturverzeichnis 46 engbedruckte Seiten umfaßt. Ärgerlich ist, daß sie im Verzeichnis der veröffentlichten Reiseberichte, die später neu aufgelegt wurden, nicht die Erstauflage angibt, was die Rückverfolgung von Fußnoten, für die das Erscheinungsdatum notwendig ist, erschwert.

Otto Wenzel

Snyder, Timothy: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin. München: C. H. Beck 2011, 523 Seiten, 29,95 €.

Der Yale-Historiker Timothy Snyder analysiert in seinem – laut Klappentext – in zwanzig Sprachen und kürzlich auch in Deutsch erschienenen Geschichtswerk drei eng miteinander verknüpfte Menschheitskatastrophen: Stalins Terrorkampagnen und die Massenhungersnot im Zuge der Kollektivierung in der Ukraine, Hitlers Judenmord sowie schließlich den Hungerkrieg der NS-Besatzer gegen die

russische Zivilbevölkerung und die sowjetischen Kriegsgefangenen. Die „Bloodlands“ erscheinen als eine kontaminierte Todeszone, Schauplatz der Ermordung von ca. vierzehn Millionen Menschen im selben geographischen Raum (Ost- und Mitteleuropa) und im selben Zeitraum von nur zwölf Jahren (von 1933 bis 1945).

Snyders Studie hat bereits kurz nach ihrem Erscheinen eine Reihe linkskonservativer Publizisten elektrisiert, die sich mittlerweile auch mit Besprechungen in der Tagespresse zu Wort gemeldet haben. Alan Posener, ehemals maoistischer Studentenfunktionär und heute Redakteur im Springer-Verlag, lobte in der *Welt am Sonntag* das „genaue Hinsehen“ auf eine bestimmte historische Konstellation. Das Buch sei ein unverstellter und zugleich von jeder volkspädagogischen Absicht freier Blick auf die Zivilisationsbrüche der Stalinisten und der Nazis in dieser umkämpften Region Mittel- und Osteuropas, die – so Bernhard Schultz im *Tagespiegel* – bis heute aus dem europäischen Bewußtsein ausgeblendet blieb.

Die „Blutländer“ erstreckten sich von Zentralpolen bis Weißrussland, einschließlich der Ukraine und der baltischen Staaten. Die Mehrheit der Ermordeten waren Juden (ca. 5,4 Millionen Menschen), rund 3,3 Millionen Sowjetbürger, hauptsächlich Ukrainer, sowie Weißrussen, Polen und Balten. Sie wurden zwischen 1933 und 1945 ermordet, also in einer historischen Phase, in der Stalin in Moskau und Hitler in Berlin gleichzeitig uneingeschränkt herrschten.

Der Geschichtspräsident aus den USA betont, daß die Nazis nicht nur die europäischen Juden auslöschen, sondern auch Polen und die Sowjetunion als selbständige Staaten vernichten, die polnischen und die russischen Führungsschichten liquidieren und eine möglichst große Zahl von Slawen umbringen wollten: „Wäre der Krieg gegen die UdSSR wie geplant verlaufen, so wären 30 Millionen Zivilisten im ersten

Winter verhungert und danach viele weitere Millionen vertrieben, ermordet, assimiliert oder versklavt worden.“

Es ist beeindruckend, wie der Autor die Zerstörungsprozesse in dieser Todeszone beschreibt, Er belegt die Zahl der Toten immer wieder mit genau recherchierten Daten und dokumentiert ihre Herkunft, ihre Nationalität und die Orte des Todes. Snyder hält sich strikt an die Fakten; geschichtsphilosophische Konstruktionen sind dem in Oxford promovierten Wissenschaftler fremd.

In Mitteleuropa überschritten sich Hitlers und Stalins imperiale Pläne. Hier kämpften Wehrmacht und Rote Armee zunächst Seite an Seite gegen Polen, ab 1941 dann gegeneinander. In diesem Raum konzentrierten SS und NKWD ihre Kräfte, und hier errichteten die Nationalsozialisten die meisten Todesfabriken und Vernichtungslager.

Die Durchsetzungsmethoden der Stalinisten und der Nationalsozialisten waren auf erschreckende Weise ähnlich. Am 23. August 1939 schloß Stalin aus einer Position der ökonomischen und politischen Schwäche heraus mit Hitler einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Stalin und sein Außenminister Molotow wollten die UdSSR um jeden Preis aus einem möglichen Krieg zwischen Frankreich und Großbritannien gegen Deutschland heraushalten oder zumindest Zeit gewinnen. In einem geheimen Zusatzprotokoll zum „Hitler-Stalin-Pakt“ hatte der deutsche Außenminister Ribbentrop für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung den Zugriff der UdSSR auf die baltischen Staaten und andere Gebiete jenseits der neuen Demarkationslinie akzeptiert.

Am 1. September 1939 griff die Wehrmacht Polen an, und am 17. September überschritt die Rote Armee die polnische Ostgrenze. Der russische Angriff besiegelte – so der britische Militärhistoriker Liddell Hart – Polens Schicksal. In den

folgenden Wochen ermordeten SS und NKWD rund 200 000 polnische Staatsbürger. Die Aufteilung Polens war abgesprochen, aber noch nicht abgesichert.

Am 22. Juni 1941 fiel die Wehrmacht in Russland ein. In den kommenden Kriegsjahren starben in der Sowjetunion rund neun Millionen Rotarmisten und vierzehn bis siebzehn Millionen Zivilisten. Trotz Stalins strategischem Opportunismus, der beim deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt mit allen Traditionen des internationalen Kommunismus gebrochen hatte, konnte er den Angriff Hitlers nur um zwei Jahre verzögern.

Während des Zweiten Weltkrieges ermordeten die Nationalsozialisten – so Snyder – „ebenso viele Nichtjuden wie Juden, vor allem durch das Verhungernlassen sowjetischer Kriegsgefangener (über drei Millionen) und der Einwohner belagerter Städte (über eine Million) oder durch die Erschießung von Zivilisten bei ‚Vergeltungsmaßnahmen‘ (fast eine Million, vor allem Weißrussen und Polen)“. Die deutschen Verluste erwähnt Snyder übrigens nur punktuell und am Rande. Sie sind in diesem Buch auch nicht sein Thema.

Die Menschen starben – so Snyder – als „Resultat einer Interaktion beider Systeme“. Mit seiner Studie will der Autor aber weder den (deutsch-österreichischen) Völkermord an den europäischen Juden, noch den (politisch begründeten) „Klassenmord“ der russischen Stalinisten an vermeintlichen oder tatsächlichen Feinden relativieren, sondern sowohl den Judenmord der Nazis als auch den Massenmord der Stalinisten als europäische Ereignisse und schreckliches Erbe „neu gewichten“ (so Bernhard Schultz).

Mit seiner These einer „Interaktion“ zwischen Stalinisten und Nazis in der Todeszone stellt der 41jährige Snyder ein festgefügtes Tabu über die Unvergleichbarkeit des Judenmordes mit anderen Völkermorden fast beiläufig in Frage. Denn seit dem „Historikerstreit“ im Sommer 1986

wurde im westdeutschen Wissenschaftsbetrieb streng zwischen den Verbrechen der Nazis und den stalinistischen Verbrechen unterschieden.

Außerhalb der westdeutschen Historiker-Community hat diese Tabuisierung allerdings nur sehr wenige Historiker überzeugt. Selbst die Mehrheit der DDR-Historiker hielt seinerzeit Abstand vom Anti-Nolte-Netzwerk. Dennoch schlug dieser Disput zwischen Ernst Nolte, Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand und Michael Stürmer auf der einen und Jürgen Habermas und Hans-Ulrich Wehler auf der anderen Seite an allen westdeutschen bzw. West-Berliner Universitäten hohe Wellen. Heute jedoch, nur zwanzig Jahre nach der deutsch-deutschen Neuvereinigung, ist dieser Streit fast völlig in Vergessenheit geraten. Die fast ausschließlich positive Reaktion im deutschsprachigen Feuilleton auf Snyders Studie macht dies deutlich. Snyder selbst geht übrigens in seinem Buch mit keinem Wort auf Noltés spekulative These von der „asiatischen Tat“ der Nationalsozialisten ein.

Der britische Historiker Tony Judt (1948–2010) erklärte kurz vor seinem frühen Tod, daß *Bloodlands* auf Jahrzehnte hin das wichtigste Buch zum Thema sei. Der intellektuelle Bezug von Tony Judt und Timothy Snyder ist übrigens die *New Left* in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Ihr Denken ist kapitalismuskritisch und antistalinistisch, europäisch und undogmatisch. Tony Judt, dieser „Dissident des Zionismus“, so Lorenz Jäger in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, trifft mit seinem Urteil über Snyders Studie den Nagel auf den Kopf. Denn mit seiner Arbeit eröffnet Snyder auch für die jüngeren deutschen Historiker neue Perspektiven. Die Geschichtsschreibung in Deutschland kann von der anglo-amerikanischen Historiographie lernen und auch bei diesem kontaminierten Thema anhand von Fakten und Zahlen sowie einem die Nationalgeschichten übergreifenden Ansatz zu ei-

ner präzisen Analyse historischer Konstellationen zurückfinden.

Alles in allem: ein mutiges Buch. Es wäre ihm allerdings sehr zu wünschen, dass die nächste Auflage in einer verbesserten deutschen Übersetzung präsentiert wird.

Tilman Fichter

Beleites, Michael u. a. (Hrsg.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. Berlin: Metropol Verlag 2010, 167 Seiten, 16,00 €.

Die Fernsehsendung „Bauer sucht Frau“ ist sicherlich manchem bekannt. Darin präsentiert sich auch der eine oder andere ostdeutsche Bauer immer wieder gern – zur (Schaden-)Freude eines Millionenpublikums. Weit weniger vertraut dürfte aber vielen sein, daß der Bauernstand in Ostdeutschland noch immer von den Auswirkungen der sozialistischen Agrarpolitik geprägt ist. Denn die ostdeutsche Landwirtschaft in den Jahren des SED-Regimes ist auch über 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ein in der Breite vernachlässigtes Thema im, zugegebenermaßen, weiten Feld der DDR- Aufarbeitung.

Einen übersichtlichen aber doch facettenreichen Einstieg in das Thema eröffnet der Sammelband *Klassenkampf gegen die Bauern – Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute*, der von Michael Beleites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Robert Grünbaum herausgegeben wurde. Darin zeichnen Zeitzeugen, Journalisten und Wissenschaftler ein differenziertes Bild der sozialistischen Agrarpolitik deutscher Prägung mit samt ihren Auswirkungen bis in die Gegenwart. Im Zentrum der Analysen steht die von der SED gesteuerte und mit allen Mitteln erzwungene Kollektivierung des landwirtschaftlichen Raumes der Jahre 1959/60.

Eröffnet wird der Sammelband nach dem Vorwort der Herausgeber mit einem Beitrag des Zeitzeugen und Altbauers Manfred Probst. In wenigen Worten lenkt er die Aufmerksamkeit des Lesers auf die Folgen der Kollektivierung – sowohl auf persönlicher wie auch auf politischer Ebene. In Ansätzen läßt sich schon hier die Tragweite der politisch gewollten Vergenossenschaftlichung des ländlichen Raumes erkennen. Eine wissenschaftliche Einführung im klassischen Sinn unternimmt im Anschluß Jens Schöne. Ausgehend von der Bodenreform unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges skizziert er die Landwirtschaftspolitik in der sich 1949 gründenden DDR bis zur Kollektivierung 1960. Schnell wird klar: Die Umgestaltung der ostdeutschen Landwirtschaft erfolgte nicht nach ökonomischen, sondern streng nachpolitisch-ideologischen Vorgaben. „Mit ihr sollten auch die Sozialstruktur auf dem Lande, die gewachsenen Beziehungen in den Dörfern und nicht zuletzt die Machtverhältnisse umfassend und dauerhaft verändert werden“, schreibt der Historiker gleich zu Beginn (S. 19 f.)

Auf der Grundlage erhalten gebliebener Volkspolizei-Rapporte analysiert der Historiker Udo Grashoff im folgenden Beitrag die Selbsttötungsrate unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf dem Höhepunkt der Zwangskollektivierung 1960. Anhand einzelner Schicksale gelingt es ihm, einen zeitlichen Zusammenhang zwischen der erzwungenen Vergenossenschaftlichung einerseits und Selbstmorden unter Bauern andererseits herzustellen und nachzuweisen, auch wenn die tatsächlichen Motive der Suizidhandlungen nicht immer zweifelsfrei bestimmt werden können. Auf einer breiteren Quellengrundlage untersucht daran anschließend Falco Werkentin die Methoden des Klassenkampfes auf dem Land. Ausgehend von der Bodenreform beleuchtet er die Struktur der Landwirtschaftsbetriebe in

der DDR und konzentriert sich vor allem auf die Mittel- und Großbauernbetriebe, also diejenigen, die zwischen zehn und 100 Hektar Land bewirtschafteten. Werkentin beschreibt, wie insbesondere die Großagrarien unter dem Druck der SED in den Jahren von 1952 bis 1960 litten und wie die Justiz als „Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung“ (vgl. S. 49) fungierte. Dabei geht er auch auf Möglichkeiten des Widerstandes bäuerlicher Familienbetriebe ein, zeigt aber gleichzeitig, mit welchen Schwierigkeiten Formen des Protestes in Anbetracht der Notwendigkeit der täglichen Versorgung von Stall und Feld behaftet waren.

Über die Formen und Ausmaße des Widerstandes gegen die Kollektivierung gibt auch Daniela Münkler eine Einschätzung ab. Sie richtet den Fokus auf die geheime Berichterstattung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an die SED-Führung und stellt widerständiges Verhalten in allen Bezirken der DDR fest. „Alles, was nur irgendwie dazu angetan schien, die Pläne der Vollkollektivierung zu stören, wurde der SED-Führung zur Kenntnis gebracht“, schreibt Münkler (S. 74), die die relative Unverblümtheit der MfS-Dokumente hervorhebt, wodurch es ihr auch gelingt, zu zeigen, wie die Stasi im untersuchten Zeitraum ihren Einflußbereich und ihr Informationsnetz im ländlichen Raum massiv ausbaute.

All diese Beiträge zeigen in unterschiedlicher Art, daß die Vollkollektivierung keineswegs freiwillig geschah – wie von der SED propagiert –, sondern nur durch massive Repression, Erpressung und Gewalt zustande kam. Der „sozialistische Frühling“, wie die Kollektivierung im offiziellen Parteiduktus umschrieben wurde, war menschlich und moralisch tiefster Winter. Daß die dadurch geschaffenen Großstrukturen bis in die Gegenwart fortwirken, zeigen die folgenden Abhandlungen. Jörg Gerke, der selbst Bauer in Mecklenburg-Vorpommern ist, unter-

sucht die Auswirkungen der DDR-Agrarstrukturen auf ländliche Regionen in Ostdeutschland nach 1990. Er kritisiert die personelle Kontinuität in Landwirtschaftsbetrieben über die Wende hinaus. Demnach hätten ehemalige SED-Agrarkader die früheren LPG-Betriebe übernommen, während ein Großteil der einfachen LPG-Mitglieder um ihre Ansprüche gebracht wurde (vgl. S. 95). So konnten sich nach Gerkes Ausführungen einige wenige riesige Flächen sichern, die noch dazu durch die EU mit Millionensummen subventioniert werden. Auch im nächsten Beitrag möchte Uwe Bastian deutlich machen, daß die früheren Großstrukturen der industrialisierten Landwirtschaftsbetriebe weitestgehend erhalten geblieben sind und eine Anpassung der DDR-Landwirtschaft an die des Westens ausblieb. Bis zu 90 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Ostdeutschland, so Bastian, sei im Besitz ehemaliger SED-Funktionäre.

Hans Dieter Knapp thematisiert daran anschließend die Industrialisierung des ländlichen Raumes der DDR, die er als unmittelbare Folge der Kollektivierung beschreibt. Beides, Kollektivierung und agroindustrielle Produktion, seien Teil eines ideologisch begründeten Gesamtsystems zur Schaffung einer „Klasse der Genossenschaftsbauern“ gewesen, mit weitreichenden Folgen auf die Natur und Landschaft im Osten Deutschlands, auf die Knapp ausführlich eingeht. Helmut Klüter beschließt den wissenschaftlichen Teil des Sammelbandes mit einer statistisch-orientierten Studie, die unterschiedlichste Aspekte landwirtschaftlicher Produktion der jüngsten Vergangenheit in ost- und westdeutschen Bundesländern in den Blick nimmt. Seine ernüchternde Bilanz: „Eine Umstrukturierung der aus der DDR-Zeit überkommenen großbetrieblichen Landwirtschaft hat bisher kaum stattgefunden. . . Große Teile der Landwirtschaft . . . sind regionalwirtschaftlich unproduktiv.“ (S. 154) Eine Po-

sition, die auch Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf im abschließenden Nachwort vertritt.

Insgesamt vermittelt das Buch damit einen facettenreichen Überblick zur Landwirtschaft in der DDR. Die historischen Entwicklungen zwischen dem Bau der Mauer 1961 und der Friedlichen Revolution 1989 geraten zwar etwas aus dem Blick. Stattdessen beleuchtet der Sammelband verstärkt unterschiedliche Perspektiven der Kollektivierung und bietet darüber hinaus auch Ansätze, das Thema stärker in der politischen Bildung zu verankern: Zum Beispiel anhand von Einzelschicksalen (Grashoff), MfS-Akten (Münkel) oder den Dokumenten, die im Text von Werkentin abgedruckt sind. Schade ist jedoch, daß das Buch für Leser, die sich im Anschluß an die Lektüre noch ausführlicher mit dem Thema befassen wollen, keine beigelegte Auswahlbibliographie bereithält. Deutlich wird aber, daß die sozialistische Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR auch nach über 20 Jahren deutscher Einheit Fragen an die heutige Gesellschaft stellt. Die Herausgeber fordern darüber eine breite öffentliche Debatte.

Benjamin Griebe

Gieseke, Jens/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme. Berlin: Metropol-Verlag 2011, 272 Seiten, 19,- €.

Die beiden von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur beauftragten Herausgeber formulieren in ihrer Einleitung einen hohen Anspruch für die in diesem Band versammelten Beiträge. Bisher sei in der DDR-Forschung die SED zu einfach gesehen worden. Es sei weiterhin offen, ob die SED eine kommunistische Partei, eine deutsche Partei und/oder eine totalitäre Partei gewesen war. „Insgesamt muss die SED demnach sehr viel differenzierter als bisher betrachtet werden. Differenzierung heißt freilich nicht Relativierung:

Die SED stand im Zentrum der ostdeutschen Diktatur, sie konnte bei der Ausübung ihrer Herrschaft nie auf Gewalt und Zwang verzichten und sie musste zu deren Aufrechterhaltung die Menschen durch eine militärisch gesicherte Sperranlage von einer Abwanderung in die Bundesrepublik abhalten.“ Im Laufe der Jahrzehnte habe sich die SED-Herrschaft gewandelt und es sei zu Reformüberlegungen im Hinblick auch auf die Partei gekommen. Die SED-Geschichte sei zudem nicht nur Politik-, sondern auch Gesellschaftsgeschichte.

Keinem der Autoren gelingt – so läßt sich vorab konstatieren – das Überspringen dieser Hürde. Altbekanntes wird zwar mit Wortgeklingel garniert, neue, für die weitere Forschung wichtige Erkenntnisse sucht der Leser jedoch vergeblich.

Ralph Jessen und Jens Gieseke gehen in ihrem Beitrag vom Konzept der „Herrschaft als sozialer Praxis“ aus. Was das konkret heißt, wird blumig umschrieben: „Die Gesellschaftsgeschichte des Kommunismus ist aus dieser Perspektive eine Geschichte von Herrschaftspraxis, verstanden als soziales Agieren im Spannungsfeld von ideologischem Totalitätsdenken, hegemonialem Streben, Modernisierungsdruck und Alltagsbewältigung.“ Als Beleg wird angeführt, viele Ostdeutsche hätten sich mit dem System arrangiert und freiwillig mitgemacht, was die Autoren offenbar für eine bisher unbekannte Tatsache halten. Die hierfür ausschlaggebenden beiden wichtigsten Motive liegen indes auf der Hand: ideologische Überzeugung oder Karrieredenken. Die Masseneintritte nach 1946 und die geradezu fluchtartigen Massenaustritte nach 1989 lassen vermuten, daß Letzteres für die meisten ausschlaggebend war.

In ihrem Fazit konstatieren die beiden Forscher, daß die „systematische Erforschung der SED als sozialer Faktor noch immer in den Anfängen steckt“. Ihr Beitrag bestätigt jedoch, vielleicht eher unbewußt als bewußt, daß der totalitäre Anspruch der

SED alle gesellschaftlichen Sphären prägte. Hierbei halfen ihr viele Akteure, nicht zuletzt aus Eigennutz, aber andere entzogen sich, soweit es ihnen möglich war.

Mike Schmeitzner beschreibt die Machtergreifung der KPD/SED nach 1945 im wesentlichen auf Basis seiner eigenen Schriften. Er rühmt sich, für die Etablierung der sozialistischen Diktatur durch die KPD/SED den Begriff „Diktaturdurchsetzung“ eingeführt zu haben. Hätte er den in der Schriftenreihe des Forschungsverbundes SED-Staat schon 1994 erschienenen Band über die Moskauer Nachkriegsplanungen der SED von Peter Erler und anderen gelesen, wüßte er, daß sich die KPD bereits im Moskauer Exil als kommende Staatspartei sah: „Nach Hitler kommen wir.“

Jens Gieseke erklärt in seinem Beitrag schon eingangs, daß er aufgrund des unzureichenden Zugangs zu sowjetischen Akten dem Leser nichts Neues über das Verhältnis zwischen der SED und der Sowjetunion mitteilen kann. Dennoch füllt er – aus welchen Gründen auch immer – knapp dreißig Seiten mit einer zusammenfassenden Darstellung des Forschungsstandes.

Helge Heydemeier konstatiert zu recht, daß in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Stasi stärker im Blickpunkt der Forschung stand als die SED. Warum dies so war, teilt er dem Leser allerdings nicht mit. Offenbar wollte er die Stasi-Unterlagen-Behörde, deren Forschungsabteilung er vorsteht und die an diesem Ungleichgewicht erheblichen Anteil hat, nicht in Mißkredit bringen. Schließlich gibt es bis zum heutigen Tag nicht einmal eine zusammenfassende Darstellung und Analyse des sogenannten politisch-operativen Zusammenwirkens des MfS mit anderen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen.

Andreas Malycha schildert die SED, der er einst selber angehörte, als „ein lebendiges und vielgestaltiges Gefüge von

Menschen mit unterschiedlichen Motivationen, Auffassungen und Verhaltensweisen“. Von ihm erfährt der Leser, daß Wolfgang Harich 1956 mit seiner Kritik an Ulbricht und dem Zustand der SED den Marxismus-Leninismus von Stalinismus und Dogmatismus befreien wollte, „um diesen auf seine humanistischen und undogmatischen Gedankengänge zurückzuführen“. Welche humanistischen Gedankengänge dem Marxismus-Leninismus innewohnen, teilt uns der ehemalige Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED freilich nicht mit. Lenin, der in der Sowjetunion das Fraktionsverbot in der kommunistischen Partei durchsetzte und liberale, aber auch linksradikale Kritiker mit aller Entschlossenheit liquidieren ließ, als Vorbild für eine Reform der kommunistischen Partei anzuführen, erfordert schon eine erhebliche Phantasie.

Auch wer jenseits weniger Dissidenten wie Robert Havemann und Rudolf Bahro einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus forderte, der den allgemeinen Menschenrechten zur Anerkennung verhelfen sollte, verschweigt der Autor. Die parteiinterne Kritik an der SED-Führungsrige wird von ihm insgesamt stark überbetont. Die traurige Wahrheit, die Malycha nicht ausspricht, ist: Nahezu alle Mitglieder der kommunistischen Partei SED, voran die sogenannte Intelligenz, ordneten sich dem Führungsanspruch der SED-Spitze unter. Sie erhoben weder öffentlich und noch nicht einmal parteiintern das Wort gegen die Diktatoren, sondern legitimierten sie auf die eine oder andere Weise mit ihrer Arbeit.

In den weiteren Beiträgen geht es um die hauptamtlichen Funktionäre (Rüdiger Bergien) und um ausgewählte Bezirks- und Kreissekretäre der SED (Heinz Mestrup). Beide Autoren klären den Leser über die Existenz von Handlungsspielräumen auf, die von den Parteifunktionären unterschiedlich ausgefüllt worden seien. Wer

hätte das gedacht? Doch Mestrup, der einzelne Beispiele eigenwilligen Verhaltens schildert, landet letztlich bei dem, was schon seit langem bekannt war: „...Die Wirkkraft von Hierarchien [blieb] die entscheidende Realität im Alltag der Regierenden. In dieser Hinsicht ‚funktionierten‘ die Parteikader ganz im Sinne der ihnen übertragenen Aufgaben und eingedenk des Platzes, den sie in der Parteihierarchie bekleideten.“

Sandrine Kott kommt in ihrem Beitrag zu dem überraschenden Ergebnis, daß sich die SED „formal und real als hegemoniale Partei im sozialistischen Betrieb“ etablierte. Gero Neugebauer spürt dem Erbe der SED mit nahezu buchhalterischem Eifer nach und konstatiert: „Summa summarum finden sich in der Linken die Spuren der SED, die diese mit kontinuierlich nachlassender Wirkung in der PDS hinterlassen hat; dazu zählen Mentalitäten, parteikulturelles Verhalten und eine organisatorische Nähe zu diesem oder jenem Verband. ...Mit der Entwicklung der Linken zu einer kommunistischen Partei muss nicht gerechnet werden.“

Schon der Titel des Buches „Die Geschichte der SED“ ist eine Irreführung. Es werden nur einige Aspekte der Geschichte der SED referiert, ohne daß in auch nur einem Beitrag etwas Neues berichtet wird. Die – laut Buchdeckel – zehn führenden Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet fassen einzelne von ihnen schon anderswo abgehandelte Aspekte zusammen. Einen roten Faden enthält das Buch nicht: Es ist schlichtweg überflüssig.

Klaus Schroeder

Keussler, Klaus-M. von/Schulenburg, Peter: Fluchthelfer. Die Gruppe um Wolfgang Fuchs. Berlin: Story Verlag 2011, 334 Seiten, 19,80 €.

Veigel, Burkhard: Wege durch die Mauer. Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West. Berlin: Edition Berliner Unterwelten 2011, 431 Seiten, 19,90 €.

Wobit, Uta u. a.: Immer auf der Hut. Als die Mauer dazwischen kam. Ost-Schüler in Westberlin. Berlin: Verlag Schleichers Buchhandlung 2011, 212 Seiten, 13,- €.

Mükel, Daniela (Hrsg. im Auftrag des BStU): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, 320 Seiten, 29,95 €.

Kenner der Berliner Geschichte wissen um die besondere Rolle der Studenten von FU und TU nach dem 13. August 1961. Sofort nach der Sperrung der innerstädtischen Grenze engagierten sich Hunderte von ihnen als Fluchthelfer. Sie waren Helden, eine Zeitlang, bis sie dem Zeitgeist im Wege standen. Zunächst unterstützten der Berliner Senat und westdeutsche Regierungsstellen unauffällig die Hilfe für die gegen ihren Willen im Osten festgehaltenen DDR-Bürger. Die Mär vom „Menschenhandel“ dröhnte durch die DDR-Medien. Nach einigen Jahren fiel die üble Nachrede der SED-Propaganda freilich auch im Westen auf fruchtbaren Boden. Dazu trugen zweifelsohne manche fragwürdigen Machenschaften von kommerziellen Fluchthelferorganisationen bei. Doch deren Anteil am Mißkredit ist eine eher zu vernachlässigende Größe.

Die damaligen Jura-Studenten der Freien Universität Klaus-M. von Keussler und Peter Schulenburg schildern in ihrem mit zahlreichen eigenen Aufnahmen ausgestatteten Buch die Geschichte ihrer Fluchthelfergruppe, die vor allem durch den

spektakulären „Tunnel 57“ unter der Bernauer Straße von sich reden machte. Der Namen „Tunnel 57“ beruhte auf der Zahl der durch diesen unterirdischen Gang in den Westen gelangten Flüchtlinge. Der „Tunnel 57“ erregte aber auch durch eine folgenreiche Schießerei zwischen Fluchthelfern und DDR-Grenzern seinerzeit und später großes Aufsehen. In der Nacht des 5. Oktober 1964 warteten die studentischen Fluchthelfer Reinhard Furrer und Christian Zobel am Tunneleinstieg auf weitere Flüchtlinge, als Grenzer auftauchen. Beim folgenden Schußwechsel kam der Grenzsoldat Egon Schultz ums Leben. Christian Zobel selbst glaubte bis zu seinem Tod im Jahr 1992, den Unteroffizier erschossen zu haben. Die SED-Führung ließ Schultz zum Märtyrer stilisieren, obgleich durch die Obduktion des Gerichtsmediziners Otto Prokop herauskam, daß Schultz durch neun Treffer aus der Maschinenpistole eines hinter ihm stehenden Kameraden ums Leben gekommen war. Erst nach dem Ende der DDR wurden die geheimgehaltenen Obduktionsunterlagen bekannt, die Zobel rehabilitierten. Über ein Kuriosum am Rande berichtet Peter Schulenburg in seinem Kapitel über die „Manipulation des MfS“. Mit starker publizistischer Unterstützung des *Neuen Deutschland* erstattete die Mutter des erschossenen Grenzers 1994 Strafanzeige gegen die beteiligten Fluchthelfer. Nach einem Spendenaufruf des *Neuen Deutschland* für die Prozeßkosten einer „Klage gegen die Mörder“, der am 6. Januar 1993 im *Neuen Deutschland* erschienen war, kamen 194 127, 56 DM zusammen. Ein Ermittlungsverfahren in der Sache wurde 1999 eingestellt, da Prokops Obduktionsprotokolle von 1964 nun nicht mehr in den Safes des MfS geheimgehalten werden konnten.

Auch Burkhard Veigel kam als Student der Freien Universität 1961 zu den Fluchthelfern. Er stieß zu Gruppe um Detlef Girmann, Dieter Thieme und Bodo Köh-

ler, die als Beschäftigte des Studentenwerks der FU vor dem Mauerbau für die Betreuung von Grenzgängerstudenten zuständig waren. Die Girmann-Gruppe, von der SED-Propaganda bald als „Terrorgruppe Girmann“ angefeindet, wurde sofort nach dem 13. August 1961 aktiv. Aus ihrer Studentenwerksarbeit kannten sie zahlreiche Adressen ihrer Kommilitoninnen und Kommilitonen, die durch den Mauerbau von ihren Studienplätzen abgeschnitten worden waren. In den ersten Wochen nach der Grenzschießung konnten viele von ihnen mit gefälschten Pässen nach West-Berlin geholt werden. Als 1963 die Passierscheinverhandlungen des West-Berliner Senats mit der DDR in eine entscheidende Phase kamen, drängte die Senatskanzlei unter Willy Brandt auf eine Einstellung der studentischen Fluchthilfe. Girmann, Thieme und Köhler, die SPD-Mitglieder waren, beugten sich dem Druck. Burkhard Veigel machte auf eigene Faust mit Hasso Herschel und anderen Fluchthelfern weiter. Bis 1970 verhalf er rund 650 Personen zur Flucht aus der DDR. Alle Versuche der Stasi, seiner habhaft zu werden, scheiterten. Veigel greift weiter aus als von Keussler und Schulenburg. Der Autor recherchierte, nachdem er seine Tätigkeit als Arzt beendet hatte, jahrelang in Archiven und befragte über hundert Zeitzeugen. Neben der Darstellung seiner eigenen Fluchthelferbiographie enthält Veigels Buch auch eine methodische Darstellung verschiedener Fluchthilfeaktionen, sowie zahlreiche Daten und Fakten, die über seine eigene Tätigkeit hinausgehen. Auch „Wege durch die Mauer“ enthält zahlreiche Fotografien und Dokumente, die das Lesevergnügen erhöhen und handelnde Personen vor Augen führen.

Sowohl Veigel als auch von Keussler und Schulenburg gehen mit dem 1962/63 amtierenden Rektor der Freien Universität Ernst Heinitz streng ins Gericht. Burkhard Veigel widmet der „Heinitz-Affäre“ einige Seiten seines Buches. Veigel war sei-

nerzeit der unmittelbar Betroffene eines Vorgangs, der in der West-Berliner Presse hohe Welle schlug. Die *Berliner Morgenpost* erschien am 18. August 1963 mit dem Aufmacher: „Skandal an der Freien Universität: Rektor weist Fluchthelfer aus Wohnheim. Albertz: Tief beschämender Vorgang.“ Zahlreiche Zeitungen im In- und Ausland griffen den Vorfall auf. Der Rektor war Gerüchten aufgesessen, die vermutlich aus dem Desinformationsapparat des MfS stammten. Er behauptete nämlich, in Veigels Zimmer im Studentendorf Schlachtensee, seien Waffen gefunden worden und zwei Putzfrauen hätten deswegen gekündigt. Nichts von alledem stimmte. Die Bewohner und der Vorstand des Studentenheims stellten sich geschlossen hinter Veigel, und auch der Regierende Bürgermeister Willy Brandt wie auch Innensenator Heinrich Albertz gaben Ehrenerklärungen für ihn ab. Im Rektorat der Freien Universität traf eine Flut von Beschwerdebriefen aus der Bevölkerung ein, die zum Teil auch übelste Beschimpfungen gegen Rektor Heinitz enthielten. Ausgerechnet das *Neue Deutschland* lobte Heinitz über alle Maßen und *Der Morgen* in Ost-Berlin titelte „Kesselreiben gegen FU-Rektor Prof. Heinitz“. Angesichts der heftigen Reaktionen gab Heinitz eine beschwichtigende Erklärung ab, obwohl er die Unterstützung des neugewählten linken AStA und des Akademischen Senats hatte. Gegenüber der *Welt* erklärte er, „daß ich das persönliche Eintreten für unsere unterdrückten Mitbürger in der Sowjetzone nicht nur billige, sondern mit dem Herzen hinter denjenigen stehe, die sich selbstlos dafür einsetzen“. Burkhard Veigel behielt sein Wohnrecht im Studentendorf.

Es waren aber wohl nicht nur Gerüchte über Waffen und Bandenbildung, die Rektor Heinitz zu seiner Intervention gegen die Fluchthelferstudenten veranlaßt hatten. In den Akten des Büro Ulbricht fand sich nach dem Ende der DDR ein Proto-

koll über Geheimverhandlungen zwischen dem Rektor der Freien Universität Ernst Heinitz und dem DDR-Staatssekretär für Hochschulfragen Wilhelm Girnus, die im Mai 1962 stattgefunden hatten. Heinitz ging es bei diesen Verhandlungen um „85 Studenten aus der Bundesrepublik und West-Berlin, die wegen Fluchthilfe inhaftiert“ waren. Girnus verlangte als Voraussetzung für ein Entgegenkommen der DDR die Einstellung der Fluchthilfeaktionen durch die Studenten der FU. Wenige Wochen nach den Geheimverhandlungen kündigte Heinitz dem stellvertretenden Leiter des Studentenwerks Dieter Thieme. Bereits im April 1962 war der Leiter des Studentenwerks, Detlef Girmann, mit der Begründung aus dem Amt entfernt worden, die Fluchthilfeorganisation würde alle Studenten der Freien Universität bei Besuchen in Ost-Berlin gefährden. Seine Verhandlungen mit Girnus stimmte Heinitz allerdings mit Willy Brandts Senatskanzlei ab. Heinitz lag vor allem das Schicksal einer 1961 in Ost-Berlin festgenommenen FU-Studentin am Herzen, deren Mentor er war. Aus kürzlich durch den Forschungsverbund SED-Staat im Berliner Landesarchiv ausgewerteten Senatsunterlagen geht hervor, daß auch das Bonner Bundeskanzleramt angesichts der hohen Zahl von festgenommenen und in der DDR inhaftierten Fluchthelferstudenten auf den Rektor der Freien Universität eingewirkt hatte, er möge sich gegen eine Fortsetzung dieses gefährlichen Aktivismus seiner Studierenden wenden. Am Ende komplizierter Verhandlungen mit der DDR kam es 1963 zum Gefangenenaustausch, der auch mehrere inhaftierte Studierende der Freien Universität zurück in den Westen brachte. Mit diesem Gefangenenaustausch begann in großem Maßstab, was die DDR-Propaganda den idealistischen Fluchthelfern von der Freien Universität immer vorgeworfen hatte: der organisierter Menschenhandel. Er spülte bis 1989 gewaltige Devisen-

summen in die Kassen des maroden SED-Staats.

Lupenreine Idealisten waren ohne jeden Zweifel die Abiturienten der Reinickendorfer Bertha-von-Suttner-Schule, die ihren in Ost-Berlin nach dem 13. August 1961 abgeschnittenen Mitschülerinnen und Mitschülern zur Flucht verhalfen. Der im Verlag des ehemaligen Ost-Schülers in West-Berlin Jürgen Schleicher erschienene Sammelband enthält die persönlichen Erinnerungen von siebzehn Beteiligten und ein Nachwort über die West-Berliner Schulpolitik bis zum Mauerbau, in dem Veronika Wabnitz an die eigens im innerberlinischen Systemkampf eingerichteten „Ostklassen“ an West-Berliner Gymnasien erinnert. Dem Band liegt eine DVD mit dem Film „Hauptsache rüber – Durch den Kanal in den Westen“ bei, der dem Fluchthelfer Dieter Wohlfahrt gewidmet ist. Wohlfahrt, der zur Gruppe um Girmann gehörte, geriet am 9. Dezember 1961 bei einer Fluchthilfeaktion in einen Hinterhalt und starb unmittelbar vor der West-Berliner Grenze in Staaken, ohne daß die herbeigeeilten Beamten der West-Berliner Polizei und eine Militärstreife der britischen Schutzmacht ihm helfen konnten, weil sie von DDR-Grenzern mit Schußwaffen bedroht wurden. Am Untertitel des Buches „Ost-Schüler in Westberlin“ fällt unangenehm auf, daß West-Berlin nach DDR-Orthographie geschrieben ist, während die Verlagsangabe korrekt Berlin-Dahlem lautet.

Auch in der BStU-Veröffentlichung wird West-Berlin durchgängig so eingeostet, wie es sich das MfS immer gewünscht hat. Aber nicht nur West-Berlin ist durchgängig falsch geschrieben, auch der Buchtitel *Die DDR im Blick der Stasi* ist falsch. Wie mehrere der „geheimen Berichte an die SED-Führung“ im Band selbst belegen, hatte die Stasi nach dem 13. August 1961 eben nicht nur „die DDR im Blick“, sondern auch West-Berlin und die westdeutschen Parteien und Institutio-

nen. Schon der im Buch dokumentierte MfS-Bericht vom 10. März 1961 handelt über „Pläne, Absichten und Methoden des Gegners zur Organisierung der Republikflucht“. Im Mittelpunkt dieses Berichtes steht das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Gleich die vierte „Einzelninformation“ vom 13. August 1961 beginnt mit den Worten: „Nach dem Bericht einer zuverlässigen Quelle erklärte der Leiter einer amerikanischen Geheimdienststelle in Westberlin, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, auf den man gewartet habe.“ Die gleiche „zuverlässige Quelle“ wird dann auch zu Äußerungen eines BND-Mitarbeiters zitiert. Die folgende Information Nr. 5 vom 13. August 1961 befaßt sich mit den „ersten offiziellen Reaktionen führender politischer Kreise Bonns, Westberlins und der Westmächte“, weiterhin mit „Stimmungsberichten ... der Westberliner Bevölkerung“ sowie damit, was „intern“ über Absichten des CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Krone und des FDP-Vorsitzenden Mende dem MfS bekannt wurde. Die siebte Einzelinformation berichtet über „offizielle Stellungnahmen führender politischer Kreise der Westmächte, der Bundesrepublik und Westberlin“[sic] und außerdem was aus einer Sondersitzung des West-Berliner Senats „intern verlautete“. Die neunte undatierte Einzelinformation nach dem Mauerbau befaßte sich ebenfalls mit offiziellen Reaktionen des Westens und informierte die „Freunde“, Minister Mielke und den Einsatzstab des Mauerbaus über die „von einer zuverlässigen Quelle“ gelieferten Informationen aus dem Gespräch Willy Brandts mit den westlichen Stadtkommandanten. Die gleiche Quelle gab Informationen aus dem SPD-Landesvorstand wieder. Die zehnte Einzelinformation vom 15. August 1961 enthält Informationen aus dem West-Berliner FDP-Landesverband, über Äußerungen führender CDU-Leute, über Interna aus einer Landesauschußsitzung der West-Berliner SPD usw. usf. Das MfS hat-

te – was eigentlich eine Plattitüde ist – nicht nur rund um den 13. August 1961 immer das ganze Deutschland im Blick. Man könnte deswegen erwarten, daß eine Publikation der stasiunterlagenbehördeneigenen Wissenschaftsabteilung nicht nur mit einem zutreffenden Titel erscheint, sondern auch zumindest in den Fußnoten erläutert, wer die „zuverlässigen Quellen“ etwa in den damaligen Landesvorständen der West-Berliner SPD und FDP waren. Dazu bedarf es nicht einmal komplizierter Recherchen im noch immer unbefriedigend erschlossenen BStU-Archiv. Ein Blick in die Memoiren von Markus Wolf oder in das einschlägige Buch von Hubertus Knabe hätte genügt.

Ansonsten bieten die dokumentierten MfS-Quellen recht interessante Einblicke in die Beobachtungsgabe und Beobachtungslage des MfS rund um den Mauerbau. Das Material ergänzt den bisherigen Kenntnisstand um wichtige Einzelspekte aus dem DDR-Alltag und hier vor allem über „negative Diskussionen“ und „passive Haltungen“ in weiten Bevölkerungskreisen. Leider bewegt sich die Einleitung des Bandes, verfaßt von der Herausgeberin Daniela Münkel, nicht immer auf der Höhe des Forschungsstandes. In die Vorbereitung des Mauerbaus seien laut Münkel außer Ulbricht nur Erich Mielke, Karl Maron, Heinz Hoffmann, Erwin Kramer, Paul Verner und Alois Pisknik (1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg) „involviert“ gewesen. Erich Honecker „fungierte“ als Stabschef „des unmittelbar vor dem 13. August 1961 einberufenen ‚Zentralen Einsatzstabes‘“. Nun ist es selbst unter den Bedingungen einer zentralistischen Parteidiktatur kaum möglich, einen „Zentralen Einsatzstab“ erst „unmittelbar“ vor einer Großaktion wie der Grenzsperrung in Berlin einzuberufen. Die logistische Vorbereitung des 13. August 1961 hatte lange vorher begonnen, die Befehle für den „Tag X“ lagen ausgearbeitet für die „bewaffneten Orga-

ne“ bereit. Nur das Einsatzdatum fehlte im Kopf der Dokumente. Wer dem „Zentralen Einsatzstab“ unter Leitung Honeckers eigentlich angehörte, hält die Herausgeberin ebensowenig für erwähnenswert wie die besondere Rolle des MfS vor Ort beim Mauerbau. Auch die nun BStU-amtliche Erläuterung der diffamierenden Stasi-Bezeichnung „Stummpolizei“ verhilft dem SED-Parteisprech zu einem späten Triumph. Das BStU-Aufklärungsbuch erklärt doch tatsächlich die „Stummpolizei“ als „Umgangssprachliche Bezeichnung für die Polizei in Westberlin“. Da lachen ja die Rentner in Hohenschönhausen, und der Laie wundert sich über eine solche *déformation professionnelle* der BStU-Stasi-Wissenschaftlerin. Die „Stummpolizei“ war in der realen Welt der Berliner Nachkriegszeit ein reines Propagandageschöpf der SED, ersonnen im Jahr 1948, nach der Bildung einer demokratisch legitimierten Polizeiführung in West-Berlin unter dem Sozialdemokraten Dr. Johannes Stumm. Eine „umgangssprachliche Bezeichnung“ war die Wortschöpfung weder in Ost- noch in West-Berlin, es sei denn man erhöhe das gedruckte SED- und MfS-Wort zur Umgangssprache. Dann freilich wird die gute alte Berliner Schutzpolizei zur „Stummpolizei“, die Schupo zur „Stupo“ und West-Berlin zu „Westberlin“.

Recht gelungen sind hingegen Münkels Überblicke zu den Themenfeldern der MfS-Berichte über die DDR sowie ihre tabellarische Auswertung von „Adressaten der Berichte außerhalb des MfS“, die eine gute Auskunft über die Informationshierarchie des SED-Staates bietet. Sinnvoll war es auch, nicht das ganze gesammelte Stasi-Geschwätz in Dokumenten abzudrucken. Die im Buch enthaltene Auswahl von Berichten wird durch eine beiliegende CD mit allen Informationen an die SED-Führung und andere DDR-Institutionen ergänzt. Gibt man dort den Begriff Westdeutschland ein, erhält man 119 Dokumente, „Westberlin“ kommt in 128 Do-

kumenten vor und die SPD immerhin in 56 Dokumenten. Dem MfS ging es um Deutschland als Ganzes, und seine für Berlin zuständige Verwaltung hieß noch bis in die siebziger Jahre nicht aus Jux und Dollerei „MfS-Verwaltung Groß-Berlin“. Doch trotz aller professionellen Aufdröselung des Stasi-Schriftguts ist vom wahren Leben und Aufbegehren gegen die Berliner Mauer authentischer in den drei eingangs besprochenen Büchern zu lesen.

Jochen Staadt

Wenzke, Rüdiger: Ab nach Schwedt! Die Geschichte des DDR-Militärstrafvollzugs. Berlin: Christoph Links Verlag 2011, 492 Seiten, 39,90 €.

Rüdiger Wenzke ist einer der versiertesten Kenner der DDR-Militärgeschichte. Seit vielen Jahren legt er ein ums andere Mal akribisch recherchierte Studien zu diesem Forschungsgebiet vor. Nun hat er sich eines Themas angenommen, das zwar als Legende durch zahlreiche Erzählungen zur Ost-Armee wabert, zu dem es jedoch so gut wie keine Akten gibt. Nahezu sämtliche Unterlagen zum NVA-Gefängnis Schwedt sind auf rätselhafte Art und Weise in den Wende- und Vereinigungswirren verschwunden. Wo seit fast zwei Jahrzehnten viele kapitulierten, ist Wenzke sämtlichen verbliebenen Spuren nachgegangen, und er hat das gemacht, was ein Wissenschaftler tut, wenn er nicht

mit einer komfortablen Überlieferung arbeiten kann: Er erschließt sich das Thema aus anderen Richtungen, geht mühsame Umwege und kommt so zu einem Ziel, daß im Ergebnis weitaus mehr darstellt, als die ursprüngliche Intention umfaßt haben mag.

Was vielleicht eine Mikrostudie zu einer besonderen Strafanstalt hätte werden können, ist darüber hinausgehend eine umfassende Darstellung des Militärstraf- und des Militärdisziplinarsystems der SED-Diktatur geworden. Wenzke hat das System des militärischen Strafens einschließlich Anhängen auf fast 500 Seiten vermessen, das bislang eher nur in Form von persönlichen Erinnerungsberichten oder künstlerischer Verarbeitung in Film und Roman vorkam. „Schwedt“ – das wird klar – stand nur am Ende einer jahrzehntelangen Etablierung und Praktizierung von Sonder- und Willkürrecht, mit dem die „Soldaten des Volkes“ traktiert wurden, wenn sie sich nicht fügten. Mit ihrem meist unfreiwilligen Dienstantritt in der Nationalen Volksarmee verließen die nun zu Soldaten gewordenen „DDR-Bürger“ scheinbar die „zivile“ Oberfläche der sozialistischen Gesellschaft – um real jedoch viel tiefer in sie hineingezogen zu werden. Tausende junger Männer fanden in der „Nationalen-Volks-Armee“ – die allenfalls dem dritten Bestandteil ihres Namens gerecht wurde – eine Lebensschule, die sich nicht gesucht hatten. Wer deren speziellen Unterricht lieber schwänzen wollte oder eigene Auffassungen dazu hatte, der bekam es für solch Widerstreben im ärgsten Fall mit einem Bestrafungssystem zu tun, das selbst im Vergleich zu den anderen Armeen des Ostblocks auf einen sehr rigiden Sanktionskatalog zurückgriff.

Für zweifelhafte Ziele und Inhalte läßt es sich nicht mit dem hohen Ideal der Überzeugung begeistern. Dafür muß schnöder Zwang herhalten. Diese unidealistische Misere war eine selbst produzier-

te. Am harten Dienstilltag zerscheuerte sich noch das festeste Glaubensgewebe. Die widrigen Bedingungen waren einer zur Staatsräson gewordenen Paranoia geschuldet – der vielbeschworenen Angst, plötzlich vom „Klassenfeind“ überrollt zu werden. Im militärischen Format hieß die Antwort darauf „ständige Gefechtsbereitschaft“. Sie band den größten Teil (85 Prozent) aller Soldaten in den Kasernen, und das ständig – eine Art elaborierter Gefangenschaft, die keinerlei Rücksicht nahm auf familiäre Bindungen oder persönliche Bedürfnisse. Aus dieser recht totalen Inanspruchnahme des Individuums resultierte eine Vielzahl von Desertionen, Disziplinverstößen und kriminellen Fehltritten. Mit der Einführung der Wehrpflicht 1962 kamen Waffen- und Wehrdienstverweigerer in Militärhaft. Einer der prominentesten früheren NVA-Knackis ist Rainer Eppelmann. Bei den Bausoldaten lehnte er das Gelöbnis ab und wurde dafür acht Monate lang in das Haftarbeitslager Berndshof gesteckt. Das schlichte Barackenlager in der Nähe von Ueckermünde ist der Vorläufer von Schwedt. Harte Arbeit, mieses Essen, extremer Drill und vielerlei willkürliche Schikanen bis hin zu körperlichen Übergriffen bestimmten den Alltag der Gefangenen. Das heimtückischste Element der Bestrafung zeigte sich jedoch erst nach der Entlassung: Die in Haft verbrachte Zeit mußte in der NVA „nachgedient“ werden – meist in denselben Einheiten und unter denselben Vorgesetzten, die die Bestrafung veranlaßt hatten. Das Militär verzichtete auf keinen einzigen Tag seiner Verfügungsgewalt. Für die Betroffenen wurde das Hinauszögern ihrer Entlassung zur verlängerten Qual, zur weiteren Bestrafung nach ihrer Gefangenschaft.

„Schwedt“ – das war das große Menektekel an der Stubenwand aller Soldaten. Und diese Chiffre war ähnlich unklar wie die Zeilen, von denen im Alten Testament zu lesen ist. Ihre Botschaft war dennoch sehr klar. Nicht die genaue Kennt-

nis darüber, was einen in Schwedt erwartete, sondern gerade die Unkenntnis, das Ungewisse des Unbenennbaren, entfaltete einen tiefgründigen, disziplinierenden Schrecken auf die Soldaten der NVA. Das Geheimnis der Wirkung dieses Ortes lag in dem Geheimnis über seine Beschaffenheit. Je weniger die NVA-Angehörigen darüber wußten, desto mehr Angstvorstellungen ließen sich damit projizieren. Das war von der Militärführung durchaus gewollt. Meist wußten diejenigen, die ihren Untergebenen mit „Schwedt“ drohten, genausowenig darüber. Der Einfluß der Straf- und Disziplinaranstalt ging damit über die Menge der real Bestraften weit hinaus und erfaßte die gesamte Streitmacht. Allein die von ihr ausstrahlende Botschaft, das furchtgeschwängerte Gerücht, diente einem effektiven, subtilen Schurigeln der Masse, bewirkte Anpassung und Folgsamkeit. In ihrer brutalsten Konsequenz ließ die unbestimmte Angst vor Bestrafung Grenzsoldaten auf wehrlose Flüchtlinge schießen. Diese sehr reale Bedeutung des „Mythos Schwedt“ wie auch seine irrationale Komponente legt Wenzke in seinem Schlußkapitel dar. Er fühlt sich damit der Aufgabe des Historikers verpflichtet, nicht allein zu widerlegen, sondern umfassend zu analysieren. Anders als die Staatsideologie der SED wurde der Mythos Schwedt in der NVA nicht in langweiligen Polit-Schulungen als „Rotlichtbestrahlung“ verbreitet. Das von Soldat zu Soldat wandernde Gerücht oder eine vom Vorgesetzten ausgesprochene Drohung mit explizitem Verweis auf die Stadt an der Oder sorgte viel effektiver für eine subkutane Massenhysterie. Es sind, „gewollt oder ungewollt“, wie Wenzke schreibt, die Soldaten selbst, die den Mythos in ihren Erzählungen von Mann zu Mann zu einer bedrohlichen Realität haben werden lassen. Von Jahrgang zu Jahrgang wurde das gruselige Mantra fortgetragen.

Berichte von wirklich Betroffenen blieben dagegen rar. Zum Schweigen vergattert, verstiegen sich viele ehemalige Insassen auch aus eigenem Antrieb darauf, diesen Teil ihrer NVA-Zeit fortan nicht zu erwähnen, sei es, um alte Wunden nicht aufzureißen oder um nicht mit einem Makel behaftet zu sein. Diese Zurückhaltung erschwerte dem Autor bis heute die Arbeit. Rüdiger Wenzke hat seinem Text sechs Interviews mit „Ehemaligen“ angefügt und eines mit dem letzten Kommandeur der Disziplinareinheit. Größer könnte die Differenz zu den Erinnerungen der einst Inhaftierten kaum sein, die unaufgeregt über ihr ganz individuelles Erleben dieser speziellen „Erziehung“ berichten. Der Oberst a. D. äußert sich schriftlich, gewohnt militärisch-knapp und jeglicher kritischen Selbstreflektion abstinert auf die gestellten Fragen. Warum der einstige Truppenoffizier und Kommandeur einer Raketeneinheit Ende 1981 die Leitung des Militärgefängnisses übernahm, bleibt auch mit seiner Antwort ein Rätsel – oder gerade nicht. Die Disziplinareinheit, so der Mann, sei ja wie eine ganz normale NVA-Dienststelle aufgestellt gewesen. Ihn als Militär habe die neue Herausforderung gereizt. Der Begriff „politischer Häftling“, so formuliert der alte NVA-Kader auf die Frage nach Unterschieden in der Behandlung von Inhaftierten etwas spitz, sei einer, der „zu überprüfen wäre.“ Als der Mann 1990 aus dem Dienst schied, hinterließ er einen Komplex, der plakativ die Wesensmerkmale der DDR und ihr Antlitz vereinte: einförmige Zweckgebäude in allzu bekannter Plattenbauweise, umzäunt von einem Stacheldrahtgeviert und bei flüchtiger Betrachtung kaum weniger unansehnlich als die benachbarte Industriestadt.

Wenzke beschreibt genauestens die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die juristischen Regularien ebenso wie die materiellen Bedingungen der DDR-Militärhaft und nennt Erfinder wie Exekutoren die-

ser Sondergerichtsbarkeit. Seit Anfang der achtziger Jahre konnten Kommandeure der NVA Untergebene aus „disziplinarischen Gründen“ ohne jegliches Verfahren monatelang hinter Gitter verfrachten lassen – eine unkontrollierbare Machtfülle.

Dem weit verbreiteten Geraune über den Militärstrafvollzug stellt Wenzke die genaue Rekonstruktion gegenüber, zeigt den Wandel der Örtlichkeiten (von einem Barackenlager zum Plattenbauareal) der Haftbedingungen, die verschiedenen Haftorte, benennt die Verantwortlichkeiten und Animositäten zwischen DDR-Innenministerium und NVA, die Gewichtung von kriminellen und von aus politischen Gründen Inhaftierten und stellt die strapazöse und miserabel entlohnte Zwangsarbeit dar.

Durch das Hinterfragen der Saga nimmt er dem Militärstrafsystem nichts von seinem Schrecken als Teil eines Repressionsystems. Daß er dabei keine einfache Antworten liefert und „keine neuen plakativen Formeln für die Medien bereit stellen kann“, ist ihm klar und es ist sein großes Verdienst, geht es hier doch vor allem um Wissenschaft. Indem Wenzke seine Verantwortung als solche wahrnimmt, wird er auf besondere Weise den Betroffenen gerecht und liefert eine wichtige Grundlage dafür, diesen Ort, der seit 2009 Bestandteil des Brandenburgischen Gedenkstättenkonzeptes ist, als historischen Lernpunkt zu erschließen.

Tobias Voigt

Schönpflug, Wolfgang/Lüer, Gerd: Psychologie in der Deutschen Demokratischen Republik: Wissenschaft zwischen Ideologie und Pragmatismus. Der XXII. Internationale Kongress für Psychologie 1980 in Leipzig, seine Vorgeschichte und Nachwirkungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011, 360 Seiten, 59,95 €.

Im Juli 1980 fand in Leipzig mit 4 000 Teilnehmern der XXII. Internationale Kongress für Psychologie statt. Über 1800 der Gäste kamen aus dem Ausland (nach DDR-Terminologie gehörten auch die BRD und West-Berlin dazu), aus den sozialistischen Staaten, aber auch zahlreich aus Westeuropa und den USA. Sogar – was zunächst manche nicht für möglich gehalten hatten – aus Israel, Chile und Südafrika waren Teilnehmer angereist. Dies war eine der größten internationalen wissenschaftlichen Veranstaltungen, die jemals in diesem Land stattfanden. Wie kam es dazu? Und was bedeutete es für die Psychologie in der DDR?

Wolfgang Schönpflug und Gerd Lüer wagen etwas Besonderes. Sie nutzen diesen Kongress als Fallstudie für das Zusammenspiel von nationalen und internationalen wissenschaftlichen Gremien und der Politik in der DDR, insbesondere der staatlich gelenkten Wissenschaftspolitik, in deren Spannungsfeld sich ein Fach wie die Psychologie befand. Die deskriptive Fallstudie nimmt 260 Seiten ein, während das abschließende, zeitgeschichtlich-theoretische Kapitel „Zwei politische Systeme – eine Wissenschaft“ sich nur über die verbleibenden 50 Seiten erstreckt.

Um es vorwegzunehmen: In der Gemengelage von Wissenschaft, Staat und Partei sind Roß und Reiter nicht immer klar

zu unterscheiden. Anfangs beschreiben die Autoren eine vertikale „Organisationsstruktur“: Kongressorganisatoren, Gesellschaft für Psychologie der DDR, Akademie der Wissenschaften, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Dabei wird – zumindest anfänglich – die Rolle der SED und ihrer Strukturen vernachlässigt, was zum Ende der Darstellung dann aber gebührend nachgeholt wird.

Der damalige Kongressorganisator Friedhard Klix (1927–2004) erscheint als die treibende Kraft hinter den Kulissen der Veranstaltung. Er wird als international anerkannter und überaus geschickter Organisator dargestellt. Klix, als jahrzehntelanger Berliner Institutsleiter an der Humboldt-Universität (1962–1990) und Spiritus rector einer Arbeitsgruppe der Akademie der Wissenschaften (der DDR) zur Künstlichen Intelligenz (was nicht erwähnt wird), war wohl gleichermaßen in der Lage, mit der Machtelite der DDR umzugehen, als auch in internationalen Gremien verbindlich und überzeugend aufzutreten. Dabei halfen ihm seine vergleichsweise guten Englischkenntnisse, die für an die Spitze gekommene DDR-Wissenschaftler nicht unbedingt typisch waren. Klix war natürlich langjähriges SED-Mitglied, wie nahezu die gesamten Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft für Psychologie der DDR als auch des Organisationskomitees für den internationalen Kongress. Daß die SED-Mitgliedschaft überhaupt eine Grundvoraussetzung für den Aufstieg in der DDR-Wissenschaft war, wird in der Monographie nicht explizit behandelt. Nur so war es den Wissenschaftlern erst möglich, international aufzutreten und ein Beziehungsnetz zu knüpfen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen.

Die Autoren Schönpflug (Jg. 1936) und Lüer (Jg. 1938), beide nach der „Wende“ emeritierte Professoren wichtiger westdeutscher Psychologie-Institute, sind etwa ein Jahrzehnt jünger als der erfolgreiche Kongressorganisator Klix, und sie mögen

ihn ein wenig für seinen Erfolg bewundert haben. Vermutlich haben beide diesen Kongreß besucht (Schönflug steht jedenfalls im Programm). Auch wenn es dem Text nur indirekt zu entnehmen ist, scheint Klix sie nachhaltig beeindruckt zu haben. Sie sind sozusagen Zeitzeugen und haben akademisch auf dem gleichen Gebiet gearbeitet wie Friedhard Klix.

Schönflug hat in letzter Zeit gelegentlich psychologiehistorische Arbeiten publiziert, dennoch fällt hier das Festhalten am Konkreten und Kleinteiligen und das über weite Strecken fehlende Systematische oder Perspektivische in der Darstellung auf. So wird etwa keinerlei Bezug zu näher oder ferner liegenden Nachbarwissenschaften und deren Schicksal in der DDR (etwa zur Linguistik mit dem international anerkannten, aber – weil nicht SED-Mitglied – stark reglementierten Manfred Bierwisch) hergestellt.

Wie sind die Autoren methodisch vorgegangen? Schönflug und Lüer stützen sich auf Archivalien und insbesondere auf Zeitzeugeninterviews. Letzteres tun sie ausgiebig, so daß man als kritischer Leser fast den Eindruck bekommt, den beiden gefiele es sehr, mit ihren Kollegen aus Ostdeutschland ins fortgesetzte Gespräch zu kommen; wobei es sich dabei meist um Gespräche zwischen den ehemals wichtigen westdeutschen und ostdeutschen Psychologie-Funktionsträgern handelt. Man bleibt „unter sich“ – ein Treffen von *old fellows* sozusagen. Den Rezensenten fehlt bei manchen Aussagen dieser Art von Zeitzeugenschaft die methodenkritische Distanz.

Die Autoren lieben das Kleinteilige, von den Besucherzahlen der früheren und nachfolgenden Kongresse bis hin zu Details der Finanzplanung für den ostdeutschen Kongreß. Nicht immer fügt sich alles schlüssig ineinander. In einem einleitenden Kapitel werden Hintergrundinformationen zu wissenschaftlichen Gesellschaften und internationalen Kongressen

unter besonderer Berücksichtigung der Teilung Deutschlands und deren wissenschaftsorganisatorischen Folgen innerhalb der Psychologie besprochen: etwas, das vor allem Psychologiehistoriker interessieren dürfte und das zum Teil auf schon vorhandene Forschungen etwa von Eckardt und Dumont zurückgreift.

Alle weiteren Kapitel sind verschiedenen Aspekten der Kongreßvorbereitung und der Resonanz des Kongresses gewidmet: eine langwierige Angelegenheit. 1966 ist die Gesellschaft für Psychologie der DDR in die Internationale Union der Psychologischen Wissenschaft (IUPS) aufgenommen worden, 1972 erfolgte beim Kongreß in Tokio die offizielle Einladung nach Leipzig, und 1980 fand der Kongreß statt. Und dann wurde noch lang davon erzählt.

Im Anhang befinden sich einige Dokumente von der Gründung des Leipziger Instituts unter Wilhelm Wundt (dessen etwas willkürlich, aber konsensuell festgelegtes Gründungsjahr 1879 ja als ein zusätzliches Argument für den Kongreßort Leipzig genommen wurde) über diverse interne Vorbereitungsdokumente bis hin zu Parteischulprogrammen und schließlich einem so nicht gehaltenen Grußwort des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph.

Streckenweise liest sich der Bericht wie spannende Diplomatiegeschichte, manchmal ist aber auch viel leeres Stroh dabei, das hier noch einmal gebündelt vorgelegt wird. Daß bei der Durchsetzung und Planung des Leipziger Kongresses viel auf Wunsch eines einzelnen Herren (Professor Klix) geschah, wird schnell klar, ohne daß die Autoren sich an seine Person allzu nahe herangewagt hätten. Manchmal scheinen sie sich zu wundern, daß in seinen Berichten nicht alles mit rechten Dingen zugeht und ertappen ihn bei strategischen Lügen. So konnte er den DDR-Vorbereitungsgremien weismachen, die IUPS lasse ihren Statuten gemäß nur die drei Konferenzsprachen Englisch, Französisch und

Deutsch zu, obwohl es eine solche Regelung gar nicht gab. Die Autoren vermuten sicher zu Recht, daß dadurch überbordende ideologielastige und wissenschaftsferne russische Beiträge verhindert werden sollten.

Da das Buch ansonsten nahezu anekdotenfrei ist (Schade eigentlich, wenn man sich schon mit soviel Nebensächlichem beschäftigt!), sei hier hinzugefügt, daß es trotz des im Buch geschilderten etwas unvorteilhaften Kongreßauftrittes der Russen, eine sowjetische Kongreßteilnehmerin gab, die des Deutschen mächtig war und die die Huldigungen der kundigen Teilnehmer entgegennahm. Die Rede ist von Bluma Zeigarnik (1900–1988), die in den zwanziger Jahren bei dem berühmten Psychologen Kurt Lewin in Berlin promoviert hatte und noch immer in Moskau lehrte. Sie kommt im Buch nicht vor.

Ein Kapitel ist auch der Stasi gewidmet, die im Hintergrund wachte. Drei IM wurden gefunden und interviewt. Sie werden im Buch diskret A., B. und C. genannt. Einer beklagt sich über die geringe Qualifikation der Führungsoffiziere. Die Autoren stellen fest, daß nur sehr diffus exploriert wurde und die Stasi anscheinend gar nicht genau wußte, was sie wissen wollte (außer allem), so daß ihre Aktivitäten etwas ineffektiv wirken. Tja, wenn man die Autoren damals zur Evaluierung der Stasi eingesetzt hätte, wäre es vielleicht effizienter zugegangen. Auf der Grundlage von Zeitzeugen-Schätzungen rechnen sie, etwas naiv, die mutmaßliche Zahl von IM hoch, finden aber in den Akten nur wenige. Es scheint ein wenig, als gingen sie hier mit der Wünschelrute übers Feld, doch sie schlägt nicht so richtig aus.

Der Professor für Klinische Psychologie Böttcher aus Jena hatte im Vorfeld des Kongresses Ärger gemacht, weil er auf der Buchmesse auf eigene Faust Verhandlungen geführt hatte. Er wurde dann aber relativ milde behandelt, und ein namentlich nicht genannter West-Berliner Teil-

nehmer wollte gerne „Deutschland“ auf seinem Namensschild stehen haben: solcherart waren die Provokationen. Befürchtete andere Zwischenfälle traten nicht ein. Was lernen wir daraus? Daß die Stasi alles im Griff hatte? Oder daß es eigentlich gar keinen Grund zur Besorgnis gegeben hätte, weil die meisten westlichen Teilnehmer mit wohlwollendem und liberalem Interesse gekommen waren, wie die Autoren versichern? Jedenfalls hat die Stasi kaum gestört.

Das Fallbeispiel „Internationaler Psychologiekongreß“ wird aus einer recht traditionellen Perspektive auf die Geschichte der Psychologie dargeboten: Wichtige Einzelpersonen wie Friedhard Klix hatten in der Interaktion mit staatlichen Organisationen, wenn sie geschickt und intellektuell befähigt waren, ein großes Gestaltungspotential (die erfolgreiche Organisation eines fachwissenschaftlichen Weltkongresses). Das war in etwa auch der Handlungsspielraum westdeutscher Ordinarien, bei denen die staatlichen Organisationen entsprechend die Wissenschaftsministerien der Bundesländer sowie bundesweit die DFG und forschungsnahe Bundesministerien waren. Daß die Ordinarienherrlichkeit der Vor-68er-Bundesrepublik sich in der DDR strukturell in gewisser Entsprechung noch bis zur „Wende“ fortsetzen konnte – nicht zuletzt, weil die „Kaderentwicklungspläne“, die durch die SED bestimmt wurden, alle anderen Entwicklungen verhinderten –, wird von den Autoren nicht erkannt. Ein wenig Bewunderung für diese beinahe napoleonische Organisationsleistung eines großen „Ost-Ordinarius“ scheint, wie gesagt, den West-Autoren nicht ganz fern zu liegen.

Erst das letzte Kapitel bringt verallgemeinernde Aussagen zur Psychologie in der DDR als Wissenschaft in der grundsätzlich heiklen Spannung zwischen der Parteiführung auf der einen und der Wissenschaftselite auf der anderen Seite. Hier wird dann noch einmal en détail ein Zeit-

zeuge zitiert, der berichtet, daß vor den Treffen des Vorstands der Psychologie-Fachgesellschaft der DDR sich jeweils dessen Parteimitglieder trafen und Beschlüsse faßten, die danach dem Gesamtvorstand, in dem zunächst nur vier, später nur ein Nicht-Parteimitglied saßen „noch mal vorgetragen wurden und von uns natürlich auch bestätigt wurden“.

Schönpflug und Lürer kommen hier zu einigen Schlußfolgerungen, denen wir zustimmen. Sie arbeiten heraus, daß es verschiedene Ebenen der Beziehung zwischen Wissenschaft und Partei gab. Neben der Handlungsebene, die die Kongreßorganisation umfaßte, betrachten sie auch die Ebene der Rhetorik, „welche die Illusion eines hohen Konsens erzeugte“. Diese rhetorisch hergestellte Illusion schloß auch die Täuschung und Selbsttäuschung der Handelnden mit ein. So haben Teile der SED-Machtelite wohl bis zum Ende ohne genauere Prüfung geglaubt oder glauben wollen, daß es im eigenen Land oder in den sozialistischen Ländern eine marxistisch-leninistische Psychologie gäbe.

Ob, wie Schönpflug und Lürer am Ende behaupten, die wissenschaftliche Funktionsebene der Psychologie in der DDR ein Stück Selbstbestimmung verwirklichen konnte, oder ob dies nicht nur den engsten Kreis der der Partei ergebenden Repräsentanten des Fachs betraf, muß offenbleiben. Ebensowenig kann die von den Autoren angerissene Frage geklärt werden, ob denn der Besuch so vieler liberaler West-Wissenschaftler etwas zur Liberalisierung der DDR-Psychologie beigetragen hat.

Matthias John und Andreas Maercker

Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte). Aus

dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz. München: Oldenbourg Verlag 2011, 640 Seiten, 69,80 €.

Als Alexander von Plato 2002 seine Untersuchung *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel* über die Vorgänge der sogenannten Wiedervereinigung vorlegte, hatte vor allem die Tatsache, daß er über einen exklusiven Zugang zu den mit Sperrfristen versehenen internen Mitschriften der Politbürositzungen und zu Gesprächsprotokollen Gorbatschows mit in- und ausländischen Politikern verfügte, zu einer erhöhte Aufmerksamkeit in der interessierten Öffentlichkeit geführt. Detailliert konnte von Plato diese Dokumente mit veröffentlichten Erinnerungen und freigegebenen offiziellen Verlautbarungen ehemals Beteiligter vergleichen.

Die vorliegende Dokumentation Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, 2006 erstmals in russischer Sprache veröffentlicht, trägt den Untertitel „Sowjetische Dokumente 1986–1991“. Sie bietet somit eine willkommene Ergänzung zum Schlüsselwerk Alexander von Platos. Während dieser sein Augenmerk auf europäische wie auch transatlantische Zusammenhänge richtete und diese mit innerdeutschen wie auch deutsch-deutschen Entwicklungen abgleicht, haben die beiden russischen Herausgeber Dokumente, Aufzeichnungen von Gesprächen, Ansprachen und interne Vorgaben zusammengetragen, die sich mit der „Deutschen Frage“ aus sowjetischer Sicht beschäftigen. Die Auswahl der vorgelegten 138 Dokumente ermöglicht, trotz der von den Herausgebern vorgenommenen Kürzungen, dem deutschen Leser somit erstmals eine unmittelbare Einsicht in internen sowjetischen Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse.

Eröffnet wird die vorliegende Sammlung mit einem Auszug der Sitzung des Politbüros vom 27. März 1986. Sie schließt mit Gorbatschows Abschiedsbrief an Bundes-

kanzler Helmut Kohl vom 25. Dezember 1991 anlässlich seines Rücktritts als Präsident der UdSSR ab.

An etlichen der dokumentierten Gespräche Gorbatschows mit ausländischen Politikern hat der Herausgeber Anatolij Tschernjajew als Berater teilgenommen. Er war zugleich für die Aufzeichnung dieser Gespräche verantwortlich. Insofern sind die Einschätzungen der Vorgänge des 1921 geborenen Historikers Tschernjajews um die Wiedervereinigung Deutschlands im Vorwort von besonderem Wert. Gorbatschows innenpolitisches Programm des Umbaus („Perestroika“) der Sowjetunion zog seine Kreise auch in die Weltpolitik. Es ging darum, den Kalten Krieg zu beenden, um nicht zuletzt der drohenden Katastrophe eines Zusammenbruchs des „real existierenden Sozialismus“ begegnen zu können.

In den Gesprächen mit Richard von Weizsäcker und vor allem mit Franz Josef Strauß im Jahr 1987 überwiegen Überlegungen über die deutsch-russischen Belastungen auf Grund des Zweiten Weltkriegs. Gorbatschow bekennt sich zu den Vorzügen eines reformierten Sozialismus, betont aber den freien Wettbewerb der Weltanschauungen.

Anlässlich des ersten Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau, der mehr als drei Jahre nach Gorbatschows Machtantritt im Oktober 1988 stattfand, kam es erstmals zu offiziellen persönlichen Gesprächen. In sachlicher Offenheit betonte Gorbatschow bei dieser Gelegenheit noch sein Interesse an guten Beziehungen zu beiden deutschen Staaten. Eine völlig neue Lage war im Juni 1989 eingetreten, als Gorbatschow sich als Staatsgast in der bundesdeutschen Hauptstadt Bonn aufhielt. Innerhalb eines halben Jahres war die politische Welt komplett in Bewegung geraten, und Gorbatschow sah „jetzt die Chance auch für eine Perestrojka der internationalen Beziehungen“. Der Ton einer pragmatisch

ausgerichteten realistischen Politik hatte längst die polit-philosophischen Exkurse ersetzt. Der Spannungsbogen in Gorbatschows Argumentationen über die Jahre hinweg belegt die treffende Einschätzung des Gorbatschow-Biographen György Dalos, der einen „inneren Kampf zwischen dem leninistischen Ideologen und dem pragmatischen Politiker“ ausgemacht hatte.

In geradezu dramatischer Weise führen die Dokumente vor Augen, vor welchen gewaltigen Aufgaben sich die beteiligten Politiker gestellt sahen. Es werden Gespräche und Begegnungen mit politischen Persönlichkeiten wie Giulio Andreotti, James Baker, Willy Brandt, George Bush, Erich Honecker, Oskar Lafontaine, François Mitterrand, Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel dokumentiert. Den überwiegenden Teil der Dialogdokumentation nehmen naturgemäß die Begegnungen mit Helmut Kohl ein, die von zunehmender Konkrettheit gekennzeichnet sind. Zug um Zug lassen sich Behutsamkeit und Beharrlichkeit, aber auch Verhandlungsgeschick beider Politiker im Umgang miteinander finden.

Die Dokumente belegen die politischen Leistungen Gorbatschows und Kohls, die am 16. Juli 1990 in einer gemeinsamen Pressekonferenz im kaukasischen Schelesnowodsk ihren ersten Höhepunkt fanden, als eine Übereinkunft über die konkrete Vereinigung Deutschlands mit freier Wahl der Bündniszugehörigkeit präsentiert wurde.

Die deutsche Wiedervereinigung war weder Schicksal noch Zufall, sondern in ihrer konkreten Umsetzung einer persönlich verantworteten Umsicht der beteiligten Politiker geschuldet. Hinzu kam eine neu ausgerichtete sowjetische Außenpolitik, welche unabhängige Bürgerbewegungen in Mitteleuropa ebenso zuließ wie eine neue Ausrichtung mit Vertretern der westlichen Mächte. Ein gutes persönliches Verhältnis zwischen Gorbatschow

schow und dem US-Präsidenten George Bush senior beförderte diese Neuausrichtung. Sowohl Gorbatschow als auch Kohl betonen wiederholt ausdrücklich die besondere Rolle der beiden Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Eduard Shevardnadse, deren kluges Geschick für den komplizierten Prozeß einer Lösung der „Deutschen Frage“ mitentscheidend war. Ein Modell war entstanden, so betonte damals Schewardnadse, das auch für die Zukunft richtungsweisend sei. Die Lösung der „Deutschen Frage“ „demonstriert auf anschauliche Weise, daß es realistisch ist, ein Europa zu schaffen, in dem die Sowjetunion als einer der Architekten des gesamteuropäischen Hauses und als aktives Mitglied der Gemeinschaft friedliebender, demokratischer Staaten den ihr gebührenden Platz einnehmen wird“.

Diese deutsche Ausgabe wurde von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky herausgegeben und von Andreas Hilger kommentiert. Hinführende Vorworte zur deutschen wie auch zur russischen Ausgabe sowie die wissenschaftliche Aufbereitung dieser Sammlung zeugen von sorgfältiger Herausgebere tätigkeit. Eine weiterführende Auswahlbibliographie sowie ein annotiertes Personenregister runden diese Ausgabe ab, die einen bleibenden Rang in der einschlägigen Fachliteratur einnehmen wird.

Volker Strebel

Krause, Peter/Ostner, Ilona (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2010, 796 Seiten, 58,- €.

In diesem Sammelband schreiben 68 Autoren aus Ost und West 38 Aufsätze zu vielfältigen Facetten des Wiedervereinigungsprozesses. Herausgekommen ist – wie bei Sammelbänden üblich – ein Buch mit einigen lesenswerten, aber auch mit nichtssagenden Beiträgen.

In ihrer bewertenden Zusammenfassung verschiedener Lebensverlaufsstudien konstatieren Karl Ulrich Mayer und Heike Solga eine weitgehende berufliche Kontinuität der Ostdeutschen. Wer in der DDR obere Ränge besetzte, blieb nach der Wiedervereinigung zumeist auch dort. Insgesamt waren berufliche Aufstiege aber seltener als Abstiege. Die Autoren führen diese Entwicklung auf die in der DDR erworbenen beruflichen Qualifikationen zurück. Die Rolle politischer oder sozialer Netzwerke vor und nach dem Systemwechsel wird nicht explizit thematisiert, sondern nur erstaunt festgestellt, daß systemloyale Personen beruflich nicht benachteiligt wurden.

Nach Meinung der Autoren verloren nur „informelle“ Mitarbeiter der Staatssicherheit ihre Arbeitsplätze – insbesondere im Öffentlichen Dienst. Wie nicht nur der Blick nach Brandenburg offenbart, ist dies jedoch keineswegs generell der Fall gewesen, im Gegenteil: Die Mehrzahl ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter des MfS hat den Transformationsprozeß erstaunlich gut bewältigt und wurde nicht aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Bezeichnend für den milden Blick der Autoren auf die DDR ist die fälschliche Bezeichnung von inoffiziellen Mitarbeitern als informelle Mitarbeiter, was ja harmloser klingt.

Richard Hauser erwähnt in seinem lesenswerten Beitrag zwar die Dimensionen der Einkommensungleichheit in der DDR – die Einkommen waren etwa 30 Prozent weniger ungleich als in der Bundesrepublik verteilt –, behauptet aber, über die Vermögensverteilung würden keine Daten existieren. Das ist nur die halbe Wahrheit, da die Verteilung zumindest des Geldvermögens statistisch erfaßt wurde und verglichen werden kann. Es war etwa ebenso ungleich verteilt wie in der Bundesrepublik!

Ärgerlich sind in diversen Beiträgen falsche oder irreführende Daten. So be-

haupte zum Beispiel Frieder R. Lang und Jenny Wagner, die die Psychologie der Wiedervereinigung betrachten, Unterschiede in der Orientierung auf Werte zwischen Ost und West hätte es von Beginn an kaum gegeben, was jedoch durch empirische Studien nicht überzeugend belegt werden kann. Darüber hinaus schreiben sie fälschlich, daß die durchschnittliche Lebenserwartung in Ostdeutschland im Jahr 1989 noch rund sieben bis neun Jahre unter der in Westdeutschland lag. Tatsächlich waren es deutlich weniger Jahre (2,8 – 3,5 Jahre). Wie die Autoren darauf kommen, daß Nachwirkungen unterschiedlicher systembedingter Sozialisierungen kaum feststellbar sind, bleibt ihr Geheimnis.

Schon im nächsten Beitrag von Dirk Konietzka und Michaela Kreyenfeld werden die beiden Psychologen zumindest auf einem Feld widerlegt: Ostdeutsche Frauen, die es in der DDR gewohnt waren, schon kurz nach der Geburt ihres Kindes wieder vollzeitbeschäftigt zu sein, setzten dieses Verhalten auch nach der Wiedervereinigung fort. Gleichzeitig erhöhte sich der in der DDR ohnehin schon höher als in der Bundesrepublik liegende Anteil von alleinstehenden Müttern und nichtehelicher Mutterschaft.

Im Beitrag von Norbert Schreiber werden ebenfalls die systembedingten Nachwirkungen unterschiedlicher Einstellungen bezogen auf die Berufstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern sichtbar. Während in Westdeutschland eine absolute Mehrheit (57 Prozent) eine Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern (bis drei Jahre) wegen Nachteilen für das Kind ablehnen, sind es in Ostdeutschland nur 25 Prozent. Im Osten sind infolgedessen 41,3 Prozent der unter Dreijährigen in einer Krippe, im Westen nur 12 Prozent. Gleichzeitig ist die Aufenthaltsdauer der Kinder in den Kindergärten im Osten deutlich höher als im Westen. Bei den Drei- bis

Fünfjährigen gleichen sich Ost und West wieder an.

Christian Schmitt und Heike Trappe analysieren die Bedeutung von Geschlechterarrangements mittels einer SOEP-Stichprobe für die Geburtskohorten 1950–1980. Betrachtet wurden Ehen, die nach 1990 geschlossen wurden. Das Trennungsrisiko ist im Osten höher als im Westen; nach achtzehn Ehejahren sind bei den Befragten in Westdeutschland etwa 28 Prozent der Ehen geschieden, im Osten 36 Prozent.

Während im Westen das männliche Ernährermodell in seiner traditionellen und modernisierten Variante kulturell dominiert – mit der Folge einer größeren Eheinstabilität unter egalitären Arrangements –, gilt für den Osten ein traditionelles Erwerbsmodell eher als Normabweichung mit der Folge eines erhöhten Trennungsrisikos. Im Westen ist insofern die Wahrscheinlichkeit einer Trennung bei einem Alleinernährermodell geringer, in Ostdeutschland bei beidseitiger Erwerbstätigkeit.

Dieser Befund relativiert sich allerdings, wenn Einkommen und Hausarbeitsumfang mitberücksichtigt werden. Ein ausgeglichenes Erwerbsteilungsmodell in Partnerschaften hat in Ost wie in West gleichermaßen einen stabilisierenden Einfluß auf die Ehe. Ein signifikanter Unterschied zwischen Ost und West ist die Höhe des Einkommens von Frauen. Bei höherem Einkommen von Frauen ist im Westen das Trennungsrisiko höher. Wie sich ein höheres Einkommen von Frauen in einer heterosexuellen Beziehung auswirkt und ob es diesbezüglich Ost-West-Unterschiede gibt, wären spannende Fragen – darauf geht leider kein Beitrag in diesem Band ein.

Die meisten Beiträge zu Arbeitsmarktsituation und zu Übergängen in den Ruhestand legen zur Beurteilung der aktuellen Situation aus dem DDR-Modell gewonnene Maßstäbe an. Frauen, auch mit kleinen Kindern, sollten möglichst schnell wieder

vollzeitbeschäftigt sein, die Kinderbetreuung sollte früh beginnen und möglichst ganztägig und überall gleich sein, Einkommensunterschiede sollten weitgehend verschwinden usw. usf.

Michael Windzio formuliert unverblümt, welcher Bewertungsmaßstab in den meisten Beiträgen angelegt wird: „Die Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung hat jene bitter enttäuscht, die mit der Wende eine blühende Ökonomie und eine rapide Angleichung an die westdeutschen Lebensverhältnisse erwarteten. Wie viele andere postsozialistische Wirtschaftssysteme war Ostdeutschland von hohen Arbeitslosenquoten, Armut und turbulenten Lebensbiographien geprägt. Jedoch hat die Bevölkerung im Osten dieselbe Staatsbürgerschaft wie die westdeutsche Bevölkerung und formuliert daher legitimerweise dieselben Ansprüche.“ Selbstredend werden die katastrophalen ökonomischen und ökologischen Ausgangsbedingungen nicht erwähnt und die Erwartungen der Ostdeutschen als Illusionen gewertet. Die Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation und auch der beruflichen Situation von vielen Ostdeutschen wird weitgehend ignoriert.

Derselbe Autor betont aber auch, daß die soziale Absicherung von Arbeitslosen dazu führt, daß sie nicht dahin gehen, wo Arbeit winkt – in den Westen –, sondern offenbar lieber als Arbeitslose und/oder Schwarzarbeiter im Osten bleiben. Offen bleibt dabei, ob und in welchem Maße Niedrigqualifizierte im Westen Beschäftigungsmöglichkeiten finden könnten. Un erwähnt bleibt, daß die materielle Situation einer Familie, die Hartz IV bezieht, in etwa der entspricht, die eine durchschnittliche erwerbstätige DDR-Familie in den achtziger Jahren in der DDR hatte.

Geradezu ein Elendsszenario zeichnen Henning Lohmann und Marco Gießelmann bei der Betrachtung der Armut von Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutsch-

land. Verglichen wird die Situation im Osten nur mit der im Westen, die Ausgangslage bleibt unberücksichtigt. Im Ost-West-Vergleich wird die unterschiedliche regionale Kaufkraft ausgeblendet und die Armutsquote geht von einem gesamtdeutschen Schwellenwert aus. Für die Autoren ist alles gestiegen: die Niedriglohnquote, die Armutsquote von Erwerbstätigen wie auch die Gesamtarmutsquote. Absolute Zahlen werden vorsichtshalber nicht genannt.

Einige Autoren neigen sogar dazu, wenn sich aus gegenwartsbezogenen Daten kein Elendsszenario zeichnen läßt, auf die Zukunft auszuweichen. Spätestens dann arbeiten alle prekär, steigt die Altersarmut und die Arbeitslosigkeit usw. Warum dennoch Angleichungsprozesse etwa bei der Lebenserwartung, bei den Selbstmordraten oder der Haushaltsausstattung zu verzeichnen sind, wird in den meisten Aufsätzen überhaupt nicht angesprochen. Der Wohlstandszuwachs, den große Teile der ostdeutschen Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren erlebten, und die hohen Kosten der Einheit (insgesamt etwa 1,6 Billionen Euro netto an West-Ost-Transfers von 1990–2010) werden übersehen.

Obschon sich objektiv eine Angleichung in den letzten zwanzig Jahren auf vielen Feldern ergab, zeigen sich in der subjektiven Bewertung der einzelnen Dimensionen deutliche Unterschiede. Warum dem so ist, vermögen die Autoren nicht plausibel zu erklären. Ihre Scheu, Nachwirkungen systembedingter Prägungen stärker in die Analyse einzubeziehen, verhindert dies offenbar.

In einem interessanten Artikel beschäftigen sich Denis Gerstorff und Gert G. Wagner mit der Lebenszufriedenheit am Ende des Lebens in Ost und West. Während die Zufriedenheit im Laufe des Lebens in etwa stabil bleibt, sinkt sie – erwartungsgemäß –, wenn das Sterben bevorsteht. Etwa drei bis fünf Jahre vor dem Tod geht

die Lebenszufriedenheit – so verschiedene Studien in verschiedenen Ländern – drastisch zurück. Es zeigt sich aber, daß Westdeutsche am Lebensende über ein deutlich höheres Wohlbefinden berichten und der Rückgang ihrer Zufriedenheit am Lebensende später beginnt als bei Ostdeutschen. Die Autoren führen dies auf den höheren Wohlstand im Westen und gesundheitliche Nachwirkungen aus der DDR-Zeit zurück.

Joachim R. Frick und Markus M. Grabka lassen bei ihrer Betrachtung der personellen Vermögensverteilung in Ost und West die Anwartschaften an die gesetzliche Rentenversicherung außer acht, so daß die bestehenden Unterschiede stärker ausfallen, als sie tatsächlich sind. Betrachtet werden die Nettovermögen, die zudem von im Verlauf schwankenden Bewertungen von Häusern und Grundstücken geprägt sind. Im Vergleich der Pro-Kopf-Nettovermögen läge der Osten im Jahr 2007 im Durchschnitt bei etwa einem Drittel des Westniveaus. Dies widerspricht anderen Berechnungen, die von einem höheren Anteil des Ostens (zwischen 40 Prozent und 50 Prozent) ausgehen.

Die verschiedenen Beiträge zu politischen Einstellungen und politischem Engagement im Ost-West-Vergleich bringen ebenfalls nichts Neues. Dies betrifft die unterschiedliche Parteienbindung ebenso wie den Stellenwert von Politikern. Für die Messung ausländerfeindlicher Einstellungen werden Items herangezogen, die schon seit geraumer Zeit zu recht kritisiert werden, so zum Beispiel die Items „Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz“ oder „Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland“ oder „Die in Deutschland lebenden Ausländer begehen häufiger Straftaten als die Deutschen“. Diese drei Items drücken empirisch umstrittene Sachverhalte aus. Selbst wenn die Items empirisch belegt sein sollten, dürf-

ten die Befragten nicht zustimmen, ansonsten würden sie als rechtsextrem eingestuft. Hinzu kommt: Wer generalisierende Fragen stellt, erhält pauschale Antworten, aber das ist wohl auch der Sinn der Sache. Der Anteil von Personen mit rechtsextremistischen Auffassungen soll offensichtlich möglichst hoch sein.

Gleichwohl: Da Personen in Ost und West die gleichen Items vorgelegt wurden, haben die Ergebnisse einen gewissen vergleichenden Aussagewert. Es kommt heraus, was man vermutete: Fremdenfeindliche Einstellungen sind im Osten stärker verbreitet als im Westen. Die Autoren differenzieren nur zwischen stark fremdenfeindlichen und schwach fremdenfeindlichen Einstellungen und erhalten mitunter sogar Ergebnisse von über 100 Prozent.

In ihrem anregenden Artikel zu Einstellungen zur Demokratie hebt Edeltraud Roller hervor, daß sich zwar absolute Mehrheiten in Ost und West allgemein für die Demokratie aussprechen, aber bezogen auf die praktizierte Demokratie weiterhin eine deutliche Differenz vorhanden ist. Im Jahr 2009 halten 36 Prozent im Osten gegenüber 76 Prozent im Westen die in Deutschland vorhandene Staatsform für die beste. Bei der Zufriedenheit mit der praktizierten Demokratie unterscheiden sich die Generationen kaum, so daß eine beträchtliche Ost-West-Differenz auch bei jüngeren Generationen vorhanden ist.

Roller führt dies auf verschiedene Faktoren wie unterschiedliche Wertorientierungen, unterschiedliche Einkommensverhältnisse usw. zurück; die Identifikation mit der DDR schließt sie ebenso aus wie monokausale Erklärungen. Sie argumentiert aber durchaus pfiffig: Die Akzeptanz des heutigen politischen Systems könne im Osten stabilisiert werden, wenn die PDS erfolgreicher würde. Ansonsten führt sie als Gründe neben der Abgrenzung zu den Westdeutschen die schlechtere ökonomische Situation an.

Abgesehen von einzelnen Ausnahmen ist das Fazit der Beiträge eindeutig: Die Ostdeutschen waren und sind benachteiligt. Was sie positiv in den zwanzig Jahren der Wiedervereinigung erreicht haben, wird marginalisiert. Die katastrophale Schlußbilanz der DDR wird zumeist ebenso ignoriert wie die Nachwirkungen unterschiedlicher Prägungen und Sozialisationen. Da es zudem an einem die einzelnen Beiträge verbindenden Schlußkapitel fehlt, legt der Rezensent das Buch etwas ratlos beiseite und fragt sich, ob sich bei der Analyse des Wiedervereinigungsprozesses durch mehr oder weniger linke Sozialwissenschaftler nicht fortsetzt, was die systemimmanente DDR-Forschung vor dem Fall der Mauer praktizierte: Fehldiagnosen.

Klaus Schroeder